

I  
DO  
CARE

Die Politik der Empathie und Hoffnung

Peter Kraus

Die Politik der

# Empathie und Hoffnung.

Peter Kraus  
2018

*„The human failing I would most like to correct is aggression. It may have had survival advantage in caveman days, to get more food, territory, or partner with whom to reproduce, but now it threatens to destroy us all. The quality I would most like to magnify is empathy. It brings us together in a peaceful, loving state.”*

*Stephen Hawking (1942-2018)*

<i>Warum?</i>	1
<b>Teil 1: Die Zeit, in der wir leben.</b>	<b>13</b>
<i>Der Zorn.</i>	17
<i>Das Wir-Sie-Denken und die Politik der Angst.</i>	21
<i>Die Despoten unserer Zeit.</i>	29
<b>Teil 2: Empathie &amp; Hoffnung</b>	<b>37</b>
<i>Empathie.</i>	39
<i>Hoffnung.</i>	45
<i>Radikal realistisch.</i>	53
<b>Zum Schluss.</b>	<b>62</b>

# Warum?

Es ist ein Abend im November 2016. Ein großer Raum, die Sesseln mit Blick zur weißen Wand aufgereiht, sogar Dekoration hängt da und dort in einem Eck. Die Hotdogs und Burger sind vorbereitet, Bier eingekühlt. Der Live-Stream funktioniert nun endlich auch mit Ton. Gut drei Dutzend Leute sind zusammengekommen, um eine ganze Nacht durch zu machen und auf ein Wahlergebnis zu warten. Es sollte der Abend werden, an dem die erste Frau zur Präsidentin der Vereinigten Staaten von Amerika wird.

Ein paar Stunden später sieht die Welt ganz anders aus. Die Nacht scheint auf einmal unglaublich lange, die Deko wirkt verloren an der kahlen weißen Wand und niemand hat mehr wirklich Lust auf Hotdogs und Burger. Der Heimweg an diesem grauen und kalten Novembermorgen ist geprägt von Verständnislosigkeit, Wut und Enttäuschung.

Enttäuscht, weil die Vorstellung von einem anderen Wahlausgang so klar und zum Greifen nahe war. Jeder und jede von uns hatte ein Bild davon, was es bedeuten würde, wenn erstmals in der Geschichte der USA eine Frau in die höchste politische Funktion gewählt würde. Getragen und unterstützt war diese Vorstellung von einer monatelangen Berichterstattung, in der die Verkündung des Wahlergebnisses nur ein weiterer Teil einer bereits vorab bekannten Geschichte war.

Verständnislos, weil niemand in dieser Kürze erklären konnte, wie das passiert ist. Ein Mann, der sexualisierte Gewalt und Übergriffe legitimierte und der betonte, dass er sich „als Star“ sowas einfach

erlauben könne. Der Einwanderer kriminalisierte. Es gab kein Erklärungsmuster für den Zuspruch zu einer derartig menschenverachtenden und hasserfüllten Politik.

Wütend, weil zu erahnen war, was in den nächsten Monaten nach der Wahl zu erwarten sein würde und welchen Aufschwung sich PopulistInnen überall auf der Welt dadurch erhoffen würden. Wer würde sich durch dieses Ergebnis bestätigt fühlen? Welche PolitikerInnen-Aussagen, welche anonymen facebook-Kommentare kämen da jetzt, mit breiter Brust vorgetragen, auf uns zu?

Was aber am schwersten wog: Wie im Laufe eines einzigen Abends die Hoffnung auf und die Sehnsucht nach einem zum Greifen nahe geglaubten Ereignis dahin war.

Der Tag danach war gedämpft. Am Nachmittag hörte ich die erste Rede von Hillary Clinton nach ihrer Wahlniederlage, in der sie sagte: „You will have successes and setbacks too. This loss hurts. But please: Never stop believing that fighting for what’s right is worth it“. Worte, die später unglaublich wichtig für mich werden sollten. Und noch am selben Abend entstand eine grobe Idee, an deren vorläufigem Ende nun diese folgenden Zeilen stehen. Wissen wir überhaupt, wofür es sich zu kämpfen lohnt?

\*\*\*

Ich stand im November 2016 kurz vor meinem 30. Geburtstag. Die Party dazu hatte ich gerade auf unbestimmte Zeit verschoben, weil auch die Bundespräsidentenwahl in Österreich zum wiederholten Mal verschoben wurde. Seit knapp einem Jahr war ich nun Grüner Landtagsabgeordneter in Wien und fast genauso lange dauerte bereits

der Wahlkampf um die Hofburg an. Die Themen und Fragen, die mit der Wahl von Trump aufgebrochen waren, beschäftigten auch diese Wahlauseinandersetzung: Isolation und Nationalismus, Fake-News, Online-Hass usw. Die Wahl am 4. Dezember 2016 brachte ein deutliches und gutes Ergebnis hervor: Alexander Van der Bellen ist Bundespräsident Österreichs.

Was geblieben ist sind die Themen, die Fragen und die Verunsicherung in einer sich immer schneller ändernden Welt. Jeden Tag diskutiere ich mit und lerne von unzähligen Menschen in meiner Stadt. Bei Schuldiskussionen bringen junge Menschen ihr unglaubliches Interesse und ihre Sorgen zum Ausdruck. (Und zeigen damit auch, wie dringend es an Räumen zur politischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzung fehlt. Aber dazu später mehr.) Lokaltouren, online-Diskussionen, Betriebsbesuche zeichnen dasselbe Bild: Was heute mit der Welt geschieht, ist in jedem Teil unserer Stadt Thema, sorgt für Diskussionsbedarf, für Fragen und bis zu einem gewissen Grad auch für Verunsicherung.

Wien ist heute eine Stadt, die nicht nur die höchste Lebensqualität vieler Metropolen weltweit hat - sondern auch durch schnelles Wachstum geprägt ist. In den letzten zehn Jahren sind rund 200.000 Menschen nach Wien gekommen. Mit dieser Entwicklung kamen neue Hoffnungen und Wünsche, aber auch Befürchtungen und Ängste, was die gemeinsame Zukunft von bald zwei Millionen Wienerinnen und Wienern bringen wird.

Wien hat sich in den letzten Jahren von einer mehr oder weniger unbedeutenden Stadt irgendwo am Rande des „westlichen“ Europa zu einer Metropole im Herzen eines offenen Kontinents entwickelt (nicht zuletzt durch die Erweiterung der Europäischen Union im Jahr 2004). Und wie in allen Metropolen werden auch hier die großen

Fragen unserer Zeit diskutiert und leidenschaftlich darüber gestritten. „Die Stadt ist groß, weil sie die Welt in sich fließen lässt“ ist ein Zitat von Perikles, das Maria Vassilakou immer wieder gerne bemüht. Kein anderer Satz fasst besser zusammen, welche kreative Kraft und welche fließende Verwirrtheit eine Stadt wie Wien in unserer Zeit hervorbringt.

Ich bin begeisterter Städter, überzeugter Urbanist. Die Zukunftsfragen unserer, meiner Generation werden nicht nur in Städten diskutiert, sie werden auch hier entschieden. Seit 2010 wohnen erstmals in der Geschichte mehr Menschen in Städten, als in ländlichen Gebieten; 2050 werden es bereits 70% sein.

Und sie sind überdurchschnittlich jung: 25% der Weltbevölkerung sind heute zwischen 15 und 30 Jahre alt und leben überwiegend in urbanen Gebieten. Diese Generation und deren Kinder werden die Zukunftsfragen der Klimakrise, der weltweiten Zusammenarbeit zu fairen Bedingungen, der zunehmenden Digitalisierung und der Bekämpfung der Ungleichheit anpacken. In der durchschnittlichen politischen Debatte der Gegenwart spielen sie jedoch kaum eine Rolle.

\*\*\*



Stadtwechsel. Im Sommer 2017 sitze ich in einem Café in Lissabon und beginne, die ersten Zeilen dieses Textes auf Papier zu bringen. Vieles war in der Zwischenzeit passiert: Trump hatte die mit ihm verknüpften Befürchtungen übererfüllt und ruft nach wie vor täglich Kopfschütteln hervor. Was während seiner Kampagne von vielen als „Spinnereien“ abgetan worden war, ist nun drauf und dran, Realität zu werden. In Frankreich, den Niederlanden und Österreich scheiterten Le Pen, Wilders und Hofer daran, mit rechtspopulistischer Politik die Mehrheit für sich zu gewinnen.

Gleichzeitig verwandeln sich traditionelle, konservative Parteien, wie beispielsweise die Österreichische Volkspartei, in eine Art Orban-Ableger, driften nach rechts - und gewinnen später im Jahr 2017 damit das Bundeskanzleramt für sich.

Während ich diese Zeilen tippe, sitzt im Café in Lissabon neben mir ein Paar aus den USA, das sich lautstark über Trump beschwert und darüber, dass er eine Schande für ihr Amerika sei. Schuld an der Misere sei jedoch der Feminismus, denn: Hätte Hillary Clinton erkannt, dass sie nicht hätte kandidieren dürfen (!), dann wäre Bernie Sanders jetzt Präsident und „America would actually be great again“.

Schon war ich Teil der Unterhaltung. Wir sprechen eine gute halbe Stunde, in der ich hauptsächlich zuhöre und mir erzählen lasse, wie dieses Paar jedes Jahr in einem anderen europäischen Land urlaubt und dennoch der Meinung ist, dass früher, als sie beide in einer kleinen Stadt außerhalb von Philadelphia in die Highschool gingen, alles besser gewesen sei. Heute sei die Welt gewalttätig, die meisten Medien würden nicht mehr objektiv berichten, sondern versuchen, politische Stimmung zu machen. Außerdem habe „die politische Elite“ zu lange versucht allen vorzuschreiben, was sie sagen dürften und was nicht, dabei jedoch nur auf das eigene Wohlergehen

geachtet. Darum habe Hillary Clinton auch von Beginn an keine Chance gehabt. Warum die BürgerInnen der USA dann Trump wählten, der ja eine überzeichnete Karikatur dieses Establishments sei, das sie mir hier beschreiben, frage ich dann. Das könnten sie mir nicht beantworten, meint die Frau. Sie wären nämlich selber nicht zur Wahl gegangen und wüssten auch nicht, wer Trump gewählt habe. Solche Leute würden sie nicht kennen.

Als ich das Café verlasse, ist da nur eine Frage in meinem Kopf: Was passiert gerade mit der Welt? Woher kommt die Sehnsucht, *America* endlich wieder *great* zu machen? Sogar von Menschen, die Trump verachten und finanziell so gut situiert sind, dass jedes Jahr ein Urlaub in Europa drinnen ist?

Warum empfinden so viele Menschen, dass sie übrig bleiben, ziehen sich gleichzeitig aus demokratischen Prozessen zurück? Woher kommt der Hass und die Gewalt, die wir Tag für Tag in online-Kommentaren und auf Wahlplakaten neuer populistischer Bewegungen sehen? Und: Ist das alles wirklich neu?

Ich machte mich auf die Suche nach Erklärungsmustern für dieses Gefühl der Unzufriedenheit, das offenbar in uns allen zu stecken scheint. Und ich versuche zu verstehen was dazu führt, dass junge Menschen in meiner Stadt, mitten in Wien, Sympathie für gewaltbereite und radikale Ideologien zu entwickeln beginnen. Viele dieser Gedanken und Fragen sowie gefundener Muster, die mögliche Antworten bieten können, sind die Grundlage für den ersten Teil dieses Textes: *Die Zeit in der wir leben*.

\*\*\*

In der Starre der Gegenwart vergessen wir oft, einen Blick nach vorne zu werfen. Eine Reihe großer Systemfragen sind in den nächsten Jahren zu klären und zu lösen, wenn wir sicherstellen wollen, dass wir und die folgenden Generationen ein gutes und sicheres Leben führen können. Wir befinden uns heute aber nicht an einem üblichen Punkt eines politischen Wegs, in dem inhaltliche Programmatiken bestimmen, ob es in die eine oder andere Richtung geht. Wir erleben vielmehr eine Summe von gleichzeitig stattfindenden substanziellen Krisen und Transformationen, die auch von der Plattform, auf der wir alle unsere Diskussionen führen, nicht Halt machen: unsere liberale Demokratie.

„Seit dem Fall der Berliner Mauer, der als Vorbote einer offenen Welt empfunden wurde, hat Europa 1200 Kilometer Grenzzäune errichtet oder zu errichten begonnen, die andere fernhalten sollen“, schreibt der bulgarische Politologe Ivan Krastev in seinem Buch *Europadämmerung*. Sein pessimistischer, aber klarer und treffender Text zur aktuellen Situation der Europäischen Union, war einer der aufrüttelndsten Denkanstöße, die ich im letzten Jahr habe.

Krastev meint: „Die Erfahrung eines plötzlichen und gewaltlosen Endes von etwas, das wir für zweifellos dauerhaft hielten (bis es plötzlich nicht mehr da war), ist die prägende Erfahrung im Leben meiner Generation.“ Nicht nur, dass diese Feststellung vieles in der Generation der 1960er-Jahre erklärt - sie bringt auch mich dazu, inne zu halten und eine Frage zu stellen: Was ist die prägendste Erfahrung meiner Generation?

Eine Generation, die, solange wir zurückdenken können, in Krisen lebt: Finanzkrise, Wirtschaftskrise, Staatsschuldenkrise, Klimakrise. Eine Generation, die Grenzen und Zäune in Europa selbst kaum

erlebt hat und gleichzeitig zusehen muss, wie Rechtspopulisten quer über den Kontinent Zulauf finden und die Freiheit, in der wir aufgewachsen sind, stückweise zerstören. Worauf soll meine Generation hoffen? Wofür kämpfen?

Wenn wir uns ansehen, mit welchen Themen und in welcher Art wir in den letzten Jahren eine gesellschaftliche oder politische Debatte führen, dann können wir viel zu oft den Eindruck bekommen, dass diese in ihrer Gesamtheit keine Hoffnung gibt. Dass eine bessere Zukunft, ein hoffnungsvoller Blick nach vorne, denkunmöglich und in den Regeln der Debatte ausgeschlossen ist. Obwohl wir in einer Welt leben, in der sich viele Dinge rein objektiv und empirisch betrachtet zum Besseren wenden, gibt unsere gemeinsame öffentliche Unterhaltung keine Orientierung, keine Hoffnung.

Wir sehen, wie junge EuropäerInnen, die hier geboren wurden, auf ihrer Suche nach Identität für extremistische und gewaltbereite Ideologien anfällig sind. Wir erleben, dass PolitikerInnen uns einreden wollen, dass unsere Schulkollegin nicht mehr zu uns gehört, weil sie zwar hier geboren ist, ihre Eltern sich aber nicht in diesem Land aufhalten dürfen. Wir beobachten, wie in vielen europäischen Ländern rechtsextreme und rechtspopulistische Bewegungen auf die Straße gehen und beispielsweise für ein „weißes Polen“ demonstrieren. Wir hören PolitikerInnen, die Angst verbreiten und uns einreden wollen, dass die Anderen an dieser Angst schuld sind.

Diese Dynamik hat im Nationalratswahlkampf 2017 einen neuen Höhepunkt erreicht. Nach der Übernahme der ÖVP durch Sebastian Kurz folgte eine Kampagne voller Spaltung, Hass und Negativität. Alle Parteien sowie die gesamte mediale Debatte sprangen auf einen Zug auf, der nur eine Fahrtrichtung kannte: weg von der

Menschlichkeit und hin zum Egoismus. Weg von der Vernunft und hin zu Ressentiments. Weg von Themen und Lösungen für tatsächliche Probleme und hin zu Inszenierung und Show-Politik.

Die Grünen sind in diesem Gewirr untergegangen und seit der Wahl am 15. Oktober 2017 nicht mehr im Nationalrat vertreten. Wir haben zu lange gebraucht um Antworten auf diese riesigen Umbrüche zu finden. Und wir haben vermutlich zu den Problemen der Zeit die falschen Fragen gestellt und demnach auch deplazierte Antworten gegeben.

Es sind aber gerade die Zeiten existenzieller Krisen, die uns dazu bewegen, uns mit der eigenen Bestimmung und den eigenen Zielen auseinanderzusetzen. „Back to the Roots“ rufen derzeit viele und übersetzen das oft mit Formulierungen wie „Damals in der Au...“, „Bei Zwentendorf ist uns das auch gelungen“. Zugegeben: Analogien mit denen ich und meine Generation wenig anfangen. „Make the Greens Great Again“ ist die gleiche Hinwendung zu einer historisch verklärten Vergangenheit, die wir an Trump kritisieren. Viel wichtiger ist, die eigene Rolle und Aufgabe für die kommenden Jahrzehnte zu formulieren.

Wir können mit Blick in die Zukunft daran arbeiten, eine andere Geschichte zu erzählen und dabei für jene Werte kämpfen die letztendlich darüber entscheiden, ob unser Leben ein gutes ist. In der Politik ist kein Sieg ein Sieg für immer. Und keine Niederlage eine Niederlage für immer . Es gibt Momente, in denen Gemeinschaften und „die Politik“ Veränderungen schaffen, die als dauerhafte Errungenschaften gelten. Die größer sind, als eine individuelle politische Karriere, als eine Legislaturperiode, als eine Partei.

Denn zu tun gibt es genug großes. In den letzten Jahren ist etwas verloren gegangen, das wir alle dringend brauchen. Zum einen: Empathie. Die Fähigkeit, sich in andere hinein zu versetzen und die Gewissheit, dass wir alle zusammengehören und uns zusammenraufen müssen, um glücklich und sicher zu sein. Und zum anderen: Hoffnung. Die Gewissheit, dass wir die Welt und unser Leben zum besseren verändern können.

„Das sind naive Gefühle!“, rief mir ein Kollege bei einem Kaffee, bei dem wir über die Idee zu diesem Text gesprochen haben, entgegen. „I know you cannot live on hope alone. But without it, life is not worth living“, sagte Harvey Milk, der erste offen schwule Politiker im San Francisco der 1970er-Jahre. Und er hat recht. Ich möchte nicht in einer Welt gelebt haben, deren politische und gesellschaftliche Errungenschaft es war, Gefühle und Werte wie Empathie als „naive Gefühle“ wegrationalisiert zu haben.

Ich bin heute mehr denn je davon überzeugt, dass es genau jene Werte sind, die die Politik nötig hat. Empathie, Hoffnung und Entschlossenheit - darum geht es im zweiten Teil dieses Textes: *Die Politik der Hoffnung*.

Zu meinem 30. Geburtstag hat mir meine Mutter eine Karte mit sehr persönlichen Worten für meinen weiteren Lebensweg geschrieben. Und mir ein Zitat mitgegeben: „Wer Bäume setzt, obwohl er weiß, daß er nie in ihrem Schatten sitzen wird, hat zumindest angefangen, den Sinn des Lebens zu begreifen.“ (unterschiedliche Versionen dieses Zitats werden Rabindranath Tagore oder Nelson Henderson zugeschrieben.) Ich habe für mich eine ganz persönliche Interpretation daraus gemacht: Politik heißt, Bäume zu pflanzen, in deren Schatten man selbst nie sitzen wird.

Dieser Text ist ein Anfang. Es soll nichts abgeschlossenes sein. Kein wissenschaftliches Werk, das Anspruch auf Vollständigkeit hat. Es ist vielmehr eine politische Rede, die zum Nachdenken, Weiterdenken, Diskutieren und Streiten anregen soll. Eine Gedankensammlung, die an einem grauen Morgen im November 2016 begann, deren erste Zeilen in einem Café in Lissabon ihren Weg auf Papier fanden und deren Ende wohl noch nicht gekommen ist.

Das ist der Beginn einer langen Unterhaltung, die hoffentlich und ziemlich sicher nicht zu Ende geht. Lasst uns damit beginnen, zusammen Bäume zu pflanzen, in deren Schatten wir selbst nie sitzen werden.





# Teil 1: Die Zeit, in der wir leben.

„Bei mir hat das Hirn ausgesetzt.“ So erklärte im Februar 2018 ein 60-jähriger Wiener, warum er auf Facebook die Handy-Lüge rund um die Caritas verbreitet hat. Kurz zusammengefasst geht die Geschichte so: Jemand beobachtet, wie Flüchtlinge ein Handy kaufen wollen, das für die teuren technischen Geräte notwendige Geld nicht haben, woraufhin ein Caritas-Mitarbeiter auftaucht und die Kosten dafür übernimmt. Natürlich alles falsch.

Mir begegnete diese Handy-Lüge bereits im Jahr 2016, am Höhepunkt des mehrfach verlängerten Wahlkampfs zur Präsidentschaftswahl, im Gasthaus meiner Großeltern in Niederösterreich. Mit vollster Überzeugung und glaubhafter Empörung wurde die Handy-Lüge dort vorgetragen. Ob meine Hinweise auf die entsprechenden Richtigstellungen der Caritas dazu beitragen konnten, die Geschichte als Fake zu enttarnen? Ich wage es zu bezweifeln.

Hasskommentare und Shitstorms sind ein Symptom unserer Zeit. Sie zeigen, wie dringend neue (digitale) Bereiche Regeln und Leitplanken brauchen, damit sie funktionieren. Wir alle würden es uns zurecht nicht gefallen lassen, wenn unser „analoges“ Zusammenleben ohne Gesetze und Regeln und frei nach dem Motto

„der lauteste Schreihals setzt sich durch“ läuft. Im digitalen Raum scheint es aber viel zu oft so, als hätten wir uns daran gewöhnt, dass die Verrohung der Worte die Oberhand hat.

In politischen Debatten der letzten Jahre hat auch eine weitere Entwicklung zugenommen, die ich das Wir-Sie-Denken nenne. Kein Zeitungskommentar, keine TV-Diskussion kommt heute ohne die Analyse aus, wie gespalten unser Land ist.

Wir sind gespalten in links und rechts, in AutofahrerInnen und RadfahrerInnen, in Van der Bellen-Wähler und Hofer-Wählerinnen, in Frauen und Männer, in Wiener Innen- und Flächenbezirke, in Junge und Alte. Und es scheint, als würde dieser vermeintliche Riss immer weiter auseinander gehen, getrieben von einer zunehmenden politischen Polarisierung und AgitatorInnen, die in der Zuspitzung und Konfrontation gezielt Gräben aufreißen.

Doch was passiert da gerade wirklich? Wir leben doch im Zeitalter der Vernunft und Aufklärung, in der noch nie so viele Menschen Zugang zu Wissen und Information hatten. Was treibt einen 60-Jährigen Wiener oder die Gäste im Wirtshaus meiner Familie dazu an, eine Lügengeschichte mit empörter Stimme zu verbreiten? Woher kommt die Enthemmung in online-Foren und am Stammtisch? Warum beginnen junge Menschen überall auf der Welt damit, sich gewaltbereiten Gruppen anzuschließen bzw. ihre Taten in deren Dienst zu stellen?

Woher kommt dieses Bedürfnis, eine vergangene nationalistische Größe wiederherzustellen? Warum schaffen PolitikerInnen in liberalen Demokratien als Antwort auf die Bedrohungen Stück für Stück BürgerInnenrechte ab - und finden dafür auch noch Zuspruch?

Geht es mit der Welt, in der wir heute leben, wirklich bergab? Und ist all das neu?

Um zu verstehen, welche Mechanismen in unserer komplexen Welt am Werk sind, lohnt sehr oft ein Blick auf unsere eigene Geschichte. Denn viele Beobachtungen und Analysen, die wir heute machen, lassen sich in anderer Form bereits viel früher erkennen.

\*\*\*



## Der Zorn.

Der Zorn ist in unserer Welt nichts Neues. „Das Zeitalter des Zorns“ ist ein unglaublich lesenswertes Buch des indisch-britischen Sozialkritikers und Autors Pankaj Mishra, der einen Blick zurück in das 18. Jahrhundert wirft, an den Beginn der Aufklärung. Die *philosophes*, die Vordenker der aufgeklärten Welt, waren gerade dabei die zivilisierende und befreiende Wirkung des Fortschritts zu beschwören, zu feiern und zu unterstützen. Von Voltaire in Frankreich bis Hume im angelsächsischen Raum: das Zeitalter der Rationalität und der Abkehr von Religion war gekommen. Im aufgeklärten Absolutismus übernahmen selbst absolutistisch herrschende Adelige außerhalb Frankreichs Ideen dieser Aufklärungsphilosophen - von Friedrich II. in Preußen über Joseph II. in Österreich bis zur russischen Zarin Katharina der Großen. Wichtige grundlegende Gedanken und Theorien zur Politik, dem Staatswesen, der Ökonomie und der Demokratie entstanden in dieser Zeit und sind bis heute Grundlagen und Voraussetzungen für unsere Gegenwart.

Es ist also naheliegend, in dieser Zeit auch die Gründe dafür zu suchen, warum in unserem Gesellschaftssystem so viel Wut und Zorn entsteht. Welches System steckt da dahinter? Es war nach Mishra der in Genf aufgewachsene Rousseau, der als einer der ersten einen Mechanismus erkannte, den wir heute viel zu oft übersehen: Fortschritt und Aufklärung bringen nicht automatisch Befreiung und Zivilisation mit sich. Viele der Innovationen der letzten Jahrzehnte und Jahrhunderte waren technischer oder wissenschaftlicher Natur. Wenige waren gesellschaftliche. Und die allerwenigsten von der Art,

dass sie (im utilitaristischen Sinn) möglichst viel Verbesserung für möglichst viele Menschen brachten.

Und das stimmt auch heute. Denken wir nur an die sozialen Medien, die eine immense Veränderung unserer Kommunikation mit sich brachten. Ohne Zweifel eine unglaubliche technische Leistung. Aber haben wir auch in der gleichen Radikalität einen gesellschaftlichen Umgang damit gefunden?

Ich meine damit weniger die jungen Digital Natives, die mit diesen Technologien aufwachsen und oft durch eine frühe Beschäftigung in der Schule einen sensiblen Umgang mit facebook, tinder & Co haben. Natürlich gibt es auch bei ihnen viel zu tun in Sachen Medienkompetenz, Quellenkritik oder Cyber-Mobbing. Ich meine aber auch den eingangs erwähnten 60-jährigen Poster mit dem Caritas-Handy. Wo konnte er einen sensiblen Umgang mit Informationen in einer digitalen Welt erlernen? Fühlt er sich nicht als Außenseiter in einer Welt, die ihm zunehmend fremd wird?

### *Make Me Great Again - Die ersten zornigen Nationalisten.*

Der Zorn entsteht aber nicht nur im Individuum. Oft dient er auch in der Argumentation und Konstruktion von Staaten. Ende des 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts reagierten viele deutsche Denker auf die Vorherrschaft der kosmopolitischen Welt und Gesellschaft, die sie in Frankreich und England sahen. Ihre Ablehnung und ihre Reaktion zeichnen ein Muster vor, das im weiteren Verlauf für die Politik grundlegend sein sollte. Ein Muster, das wir bis heute beobachten können:

Den Anfang macht die Behauptung der geistigen Überlegenheit und einer ästhetischen Ideologie, „die sich mit der Zeit in einen ethnischen und kulturellen Nationalismus und schließlich in eine Politik des Überlebenskampfes verwandelten“, wie Mishra ausführt. Während im atlantischen Westen des beginnenden 19. Jahrhunderts die Vorstellung eines abstrakten, vernunftbegabten Individuums zu finden war, zeichneten die deutschen Denker zunehmend ein Bild eines Menschen, der im Handeln, Fühlen und Denken von der Zugehörigkeit zu einer kulturellen Gemeinschaft geprägt war. Sie beschworen das „Volk“ als organische Gemeinschaft, geeint durch Sprache, Kunst, Kultur und Traditionen. Mishra nennt diese deutschen Denker die „ersten zornigen Nationalisten“.

Wir kennen diese Ideen und Muster auch heute. Egal, ob es sich dabei um eine US-amerikanische Präsidentschaftskampagne handelt, die „America great again“ machen will, um national-religiöse Autokraten in Indien oder um europäische RechtspopulistInnen. Die Ablehnung der als überlegen oder als zu unrecht bevorzugt empfundenen Anderen und die Beschwörung einer eigenen Größe, die definiert wird von mehr oder weniger wahllos zusammengewürfelten ethnischen, religiösen und historischen Zuschreibungen, ist ein zentraler Mechanismus in der Moderne und in unserer Zeit.

Es sind dieselbe Wut und Enttäuschung der gefühlten VerliererInnen, die sich an unterschiedlichen Orten unserer Welt in etwas sehr Gefährliches verwandeln. Es sind die gleichen Gefühle - Enttäuschung, Wut, Zorn - die junge AmerikanerInnen in die Hände von Neo-Nazis treiben, europäischen Rechtsnationalismus erstarken lassen und junge Männer für gewaltbereite Ideologien wie den islamistischen Terrorismus anfällig machen.

Viele Männer und Frauen, geschaffen und zerstört durch die Globalisierung, sind heute empfänglich für gewaltbereite und radikale Ideologien. Sie sind das Produkt der Moderne, ihrer Kommunikationsmöglichkeiten, ihrer Angst vor gesellschaftlichem Abstieg und Verlust, der Aufforderung, ein einzigartiges, männliches und kraftvolles Ich zu beweisen. Sie sind oft keiner bestimmten Sache verpflichtet, von keinen einheitlichen Motiven getrieben. Aber voller Gewaltträume. Sie fühlen eine Apokalypse und wollen diese in die Welt, in die Politik und in das Leben selbst bringen.

Klar ist aber auch, die Radikalisierten von heute wären zwar gerne, sind aber in den meisten Fällen keine großen Ideologen oder religiösen Führer. Sie haben eher eine Geschichte in der Kleinkriminalität, in der Zuhälterei oder im Drogenhandel. Wenn wir die Mechanismen der Radikalisierung und des Terrors verstehen und wirksame Gegenstrategien finden wollen, dann müssen wir uns der Ungleichheit, der Aussichtslosigkeit, dem Fehlen von vermittelnden Institutionen und der politischen Hoffnungslosigkeit widmen.

In den letzten Jahren konnte ich im Wiener Netzwerk Deradikalisierung Einblicke sammeln und Erfahrungen machen, wie genau nach diesem Grundsatz erfolgreiche Strategien gegen gewaltbereite Ideologien aussehen können. Breit angelegte Studien im Auftrag der Wiener Jugendzentren und des Instituts für Kriminalsoziologie haben mehrfach belegt, dass unser Weg erfolgreich ist: starke Institutionen, die gewährleisten, dass das Gefühl des Außenseiters bearbeitet und in Kontext gesetzt werden kann; Chancen und Perspektiven am Arbeitsplatz helfen gegen Isolierung; die Verfügbarkeit von leistbarem Wohnraum und anderer sozialer Infrastruktur garantiert Mobilität und Durchmischung in der Stadt.



## Das Wir-Sie-Denken und die Politik der Angst.

Es ist ein grundlegendes menschliches Bedürfnis, irgendwo dazu zu gehören. Wir sind soziale Wesen. Wir leben in Gruppen und wollen wissen, wer zu uns gehört - oder eben nicht. Das beginnt am Fußballplatz, wenn wir für *unseren* Verein mitfiebern. Oder vor dem Fernseher, wenn wir uns freuen, dass Conchita „*uns* den Schuß jetzt g'wonnen" hat. Bis hin zu freudigen oder traurigen Gesichtern, wenn *unsere* Partei am Wahlabend Stimmen gewonnen oder verloren hat.

Jeder und jede von uns hat hunderte Gemeinsamkeiten (und damit zig Versionen von *wir*) mit den unterschiedlichsten anderen Menschen. Diese werden auch nicht immer kongruent sein, denn es ist gut möglich, dass der Mensch, der neben dir am Fußballplatz das gleiche Team anfeuert, von Conchitas Sieg ziemlich unberührt bleibt und sich am Wahlabend ärgert, während du dich freust.

Wir sprechen hier also von einem zutiefst menschlichen Bedürfnis, das uns hilft, uns in einer komplexen Welt mit vielen Fragen und wenigen Antworten zurechtzufinden.

Während des fast einjährigen Wahlkampfes zur Bundespräsidentschaft in Österreich im Jahr 2016 gelang der Kampagne von Alexander Van der Bellen etwas ziemlich unerwartetes. Sie hat auf riesigen Plakaten das Wort „Heimat" affiziert und in einer großen, österreichweit geführten Debatte die Definition dieses eher dem rechten politischen Spektrum zuordenbaren Begriffs hinterfragt. Plötzlich spricht hier ein Kind

einer Flüchtlingsfamilie, das in einem Tiroler Bergtal aufgewachsen ist, in Innsbruck studiert hat und in Wien lebt darüber, dass Österreich ihm eine Heimat gegeben hat. Was Van der Bellen hier gelungen ist, war eine neue, eine offene *WIR*-Definition abseits von nationalistischen und populistischen Ausschließungs-Mechanismen. Und es ermöglichte eine Debatte darüber, wie denn unsere eigenen Ansprüche an ein gutes und friedliches Miteinander aussehen.

Oft sehen wir aber genau das Gegenteil: Wenn das *WIR* zu einem fixen, starren und unelastischen Korsett wird, dann ist keine Diskussion mehr möglich. Wenn unumwerfliche Dogmen in die Arena politischer Diskussionen treten, wird es keine Kompromisse, keine Einigungen geben, sondern lediglich einen Wettkampf, bei dem es darum geht, sich selbst zu beweisen, dass die eigene Lehre die wahre und richtige ist. Dass die eigenen, persönlichen Wertvorstellungen jene sind, die das *WIR* ausmachen.

Jesse Klaver spricht in seinem Buch „De Empatische Samenleving“ in diesem Zusammenhang von dem *Wir-Minimalismus* (*wij-minimalisme*): Die tragische Tendenz, dass wir in politischen Debatten das *wir* ständig kleiner machen und das *sie* immer größer. So lange, bis es zur Bedrohung wird, die überall lauert.

Der *Wir-Minimalismus* ist besonders in der Integrations- und Migrations-Debatte sehr stark verankert. Denn über Jahrzehnte haben nicht nur rechte und konservative PolitikerInnen, aber auch Gewerkschaften, Kammern usw. an einem *Wir*-Verständnis gearbeitet, das immer darauf abzielte, alles fremd wirkende draußen zu halten. Das *WIR* war immer definiert als Differenz zu dem, was gerade als Fremd gesehen wurde. Die türkischen GastarbeiterInnen, die hier blieben. Die OsteuropäerInnen, die nach der EU-Erweiterung

2004 auf einmal auch EU-BürgerInnen sein wollten. Die Flüchtlinge, die im Sommer 2015 aus Kriegsgebieten nach Europa gekommen sind.

Eigentlich ist das Wir etwas großes, das aus der Vielzahl und Vielfalt von ich's entsteht. Wir haben aber zunehmend gesehen, wie jedes noch so kleine Detail herangezogen wird, um den *clash of cultures*, einen Krieg der Kulturen, die sich gegenüberstehen und nichts miteinander zu tun haben, herbei zu reden.

### *Von Ostereiern und Hymnen.*

In den Niederlanden hat die Supermarktkette Hema vor einigen Jahren zu Ostern Schoko-Ostereier verkauft. Eigentlich nichts besonderes, bis auf die Tatsache, dass die Produktbezeichnung eine neue war. Und zwar „verstepeitjes“, was soviel bedeutet wie „Versteck-Eier“, und eben nicht „paaseitjes“, also „Ostereier“. Was das auslöste? Eine landesweite Entrüstung und rechte Politiker, die einen Skandal witterten. „Früher stand H für Holland, heute für Halal“, schrieb der PVV-Vorsitzende aus Utrecht.

Da tut es auch nichts zur Sache, dass zum gleichen Zeitpunkt ganze 109 weitere Produkte im Hema-Online-Shop das Wort „Ostern“ im Artikelnamen hatten. Die Bezeichnung für Schokoladeneier in einem Supermarkt war zum Indiz für einen Anschlag auf das christliche Osterfest geworden. Ein (weiterer) Beweis für die fortschreitende Islamisierung, der sich auch Supermärkte wie Hema beugen mussten. Es folgten Proteste und Boykottaufrufe. Eine Niederlage „unserer“ Kultur. Im Supermarktregal.

Wir kennen ähnliche Berichte und Empörungswellen aus Österreich. Die alljährlich wiederkehrende Aufregung um ein angebliches „Nikolo-Verbot“ in Wiens Kindergärten ist wohl am bekanntesten. Rund um den Sommer 2015, als eine große Zahl an Menschen aus dem Mittleren Osten nach Europa vor Krieg und Terror flüchtete, machte eine Vielzahl von Geschichten und Behauptungen die Runde. Supermarktplünderungen, die nie stattgefunden hatten, wurden hartnäckig verbreitet, obwohl Firmen wie REWE oder Spar ihr bestes taten, um den Falschmeldungen entgegenzuwirken.

Vom gratis iPhone, das Flüchtlingen von der Caritas bezahlt wird, wurde mir selbst im niederösterreichischen Wirtshaus meiner Großeltern mehrfach berichtet. Die Entgegung der Caritas stieß ebendort jedoch auf enden wollendes Interesse.

Für nicht weniger Aufregung sorgte die Frage, wie denn die österreichische Bundeshymne gesungen werden sollte. Nachdem rund um die Änderung eine wilde Debatte das ganze Land beschäftigte und es schlussendlich zu einer Änderung der Hymne und einer Aufnahme des Wortes „Töchter“ kam, kocht dieses Thema nach wie vor immer wieder hoch. Meist dann, wenn sich Andreas Gabalier weigert, das Wort „Töchter“ in der Hymne zu singen. Ein Anschlag auf die Identität, ein Eingriff in eine Tradition.

Sind das die wesentlichen Themen, die ausmachen, wer wir sind? Der Name von Schokoeiern im Supermarkt? Die Tatsache, dass das Wort „Töchter“ selbstverständlich in der Bundeshymne vorkommt? Die Art und Weise, wie KindergärtnerInnen im Kindergarten das Nikolo-Fest feiern?

Wenn das *wir* dadurch definiert ist, dass alle Österreicher auch Österreicher heißen müssen, dann kannst du nicht anders, als bei jedem Versteck-Ei einen Angriff auf deine christlichen Werte zu sehen. Wenn dein Mann-Sein davon abhängt, ob das Wort Töchter in der Bundeshymne vorkommt, kannst du gar nicht anders, als in unserer Bundeshymne einen männerhassenden Angriff von Feministinnen zu sehen.

Mit einer Politik, die uns einreden will, dass wir in einer strengen Wir-Sie-Welt leben, lauern überall Angriffe auf „unsere Kultur“. In dieser Welt kannst du gar nicht anders, als anderen prinzipiell zu misstrauen. In der gegenwärtigen politischen Debatte, die stark von rechtspopulistischer Rhetorik geprägt ist, ist „der Andere“ zum Beispiel der Moslem, der uns islamisieren will. „Die Andere“ ist die Feministin, die unsere Hymne „verschandeln“ will. „Die Anderen“ sind eine unbekannte Elite, die den Staat Österreich ruinieren oder abschaffen will.

### *Die Politik der Angst*

Hinter dem Wir-Sie Denken steckt natürlich knallharte politische Absicht. Denn diese Form der Debatte ist Voraussetzung für eine Politik, die davon lebt, dass Menschen in klar voneinander trennbare Gruppen eingeteilt werden. Ich nenne das die Wir-Sie-Politik, die in Österreich eine lange Tradition hat. Heute kennen wir sie vor allem von der FPÖ, während der letzten Jahre aber auch zunehmend von der ÖVP unter Sebastian Kurz.

Analog zum Wir-Sie-Denken ist die Wir-Sie Politik am stärksten und am deutlichsten bei den Themen Integration oder Zuwanderung zu erkennen. Das Merkmal, das oftmals zur Unterscheidung der beiden

Gruppen herangezogen wird, ist der Islam und fortan werden alle Menschen, die irgendwas mit dem Islam zu tun haben, als Moslems dieser Gruppe zugerechnet. Unabhängig davon, ob sie religiös sind, wo sie geboren wurden, woher ihre Eltern kommen. Das tut alles nichts zur Sache. Wichtig ist lediglich, eine Gruppe möglichst simpel und für den politischen Diskurs nachvollziehbar definieren, ab- und ausgrenzen zu können.

Dass das natürlich mit der gelebten Realität der Menschen absolut nichts zu tun hat, liegt auf der Hand. Ist mein guter Freund, dessen Mutter aus Kroatien und dessen Vater aus Ägypten kommt, der in Österreich geboren wurde und hier seinen Wehrdienst geleistet hat, der einen ägyptischen Vornamen trägt und mit einem Argentinier verheiratet ist - ist er „einer von uns“ oder „einer von ihnen“? In den Augen der Wir-Sie-Politik ist mein Freund das Gegenteil von mir. Obwohl wir zig Gemeinsamkeiten haben, Urlaube gemeinsam verbringen, gemeinsam lachen und traurig sind, oft viel zu lange ausgehen, ist er demnach einer von ihnen, und ich einer von uns. Dass weder er noch ich in irgendeiner Art und Weise etwas mit Religionen am Hut haben, tut nichts zur Sache.

Somit werden alle in Österreich lebenden Menschen mit Migrationsbiografie zu einer nicht mehr voneinander zu unterscheidenden Gruppe gemacht. Und dann zur Bedrohung hochstilisiert. Denn nur dann greifen die weiteren politischen Forderungen einer FPÖ: unser Land muss ent-islamisiert werden (Die FPÖ hat in den letzten Jahren ihre „Anti-Ausländer-Linie“ auf eine „Anti-Islam-Linie“ geändert, weil so auch NationalistInnen anderer ethnischer Gruppen gut angesprochen werden können). Sie müssen raus aus unserem Krankenversicherungssystem. Moslems

gehören nicht hierher. „Daham statt Islam“, stand einmal auf den Plakaten der FPÖ. Sie gehören nicht dorthin wo *wir* sind.

Dieses Wir-Sie-Denken ist immer schon ein zentraler Bestandteil jeder rechtspopulistischen Integrationsdebatte. Es hat sich aber in den letzten Jahren zusehends in andere Politikbereiche verbreitet, aufgeladen um die Erfindung einer Bedrohung. Das ist die Politik der Angst.

*Wir*: die heterosexuellen Paare, die Kinder bekommen und daher heiraten dürfen. *Sie*: die schwulen und lesbischen Paare, die keine Kinder bekommen und daher nicht heiraten dürfen. PolitikerInnen der FPÖ und ÖVP sind im Übrigen immer ziemlich sprachlos, wenn ich ihnen erkläre, dass lesbische Frauen ziemlich genau wissen, was sie machen müssen, wenn sie Kinder haben wollen.

*Wir*: die Männer, die aufgrund unserer physischen Überlegenheit Macht ausüben dürfen und sagen, wo es lang geht. *Sie*: die Frauen und alle, die nicht diesem Männer-Ideal entsprechen (wollen), und demnach nicht dazu im Stande sind, Macht auszuüben.

Die Wir-Sie Politik ist das grundlegende Muster nicht nur rechtspopulistischer Politik, sondern unseres politischen Diskurses geworden. Hier findet die wirkliche, vorsätzliche Spaltung von Familien, Freundeskreisen, von Gemeinden und Städten, ja von ganzen Gesellschaften statt. Und das ist gefährlich.

\*\*\*





## Die Despoten unserer Zeit.

Die Politik der Angst hat Politiker (und nur wenige Politikerinnen) sowie Parteien hervorgebracht, die das selbst fabrizierte Ziel der Wiederherstellung historischer Größe und nationaler Identität verfolgen. Sie ähneln in vielen Punkten den politischen Despoten, die wir aus der Geschichte kennen, doch sind sie heute eher weich als hart, eher demokratisch als autoritär. Die Politik der Angst geht in gleichem Maße von unten wie von oben durch starke Männer aus. Die Gesellschaften, in denen diese Politiker ihre Macht ausbauen wollen, definieren sich durch das Postulat der Chancengleichheit, was aber nicht bedeutet, dass jeder Mensch gleich viel Wert ist und gleich viel Platz verdient. Es drängt eher Einzelne dazu, sich ständig mit anderen zu vergleichen, sich selbst in eine Hierarchie einzuordnen. Soziale Mobilität gelingt in diesen, in unseren Gesellschaften nur wenigen, wie wir regelmäßig bei Untersuchungen im Bildungs- und Hochschulsystem sehen können.

Der Einzelne wird also auf eine Suche geschickt: nach Beweisen für die eigene, individuelle überlegene Stellung und Identität. Diese Suche tritt an die Stelle eines gemeinsam geteilten Ideals eines erfolgreichen Lebens für alle bzw. für möglichst viele Menschen. In dieser Gedankenwelt lautet der Anspruch nicht mehr: wir wollen in einer Welt leben, in der es möglichst vielen Menschen gut geht. Sondern: Es ist deine individuelle Verantwortung, dass es dir gut geht, auch wenn andere dadurch Nachteile erfahren.

Dieser Mechanismus zementiert das Wir-Sie-Denken ein und bildet das Fundament des modernen Nationalismus. Menschen sind soziale Wesen. Wir suchen Selbstachtung, Zugehörigkeit. In unserer

Gegenwart befriedigen Massenmedien, Kultur und die Demagogen dieses Bedürfnis und füllen gleichzeitig das durch die Wir-Sie-Politik geformte Fantasieleben mit Angst und Feindbildern aus. Und mit der Zugehörigkeit zu einer (konstruierten) nationalen Identität.

Drohungen gegen ethnische Minderheiten und die Beschwörung einer nationalen, oft historisch verfälschten Größe bringen - so scheint es - demokratische Wahlerfolge. Egal ob Thaksin Shinawasras in Thailand, Putin in Russland, Erdogan in der Türkei, Trump in den USA, Modi in Indien, Duterte auf den Philippinen oder Wilders, LePen und Strache in Europa. Selbst Theresa May sagte in einer Diskussion rund um den BREXIT und die freie Mobilität von Personen: „Wer ein Weltbürger zu sein glaube, sei in Wirklichkeit nirgends zu Hause“.

Sind diese Mechanismen unveränderbare Naturgesetze? Keineswegs. Alle Figuren der modernen Despotie zeigen in Wirklichkeit, dass der Nationalstaat vor seinem historischen Niedergang steht. Auch wenn sie noch so sehr versuchen, eine nationale Gemeinschaft zu beschwören und zu definieren - sie führen ein Rückzugsgefecht.

Die nationalistischen Despoten mit ihren Versprechen, die Nation „wieder groß zu machen“ und die Dämonisierung des „Anderen“ sind mehr als je zuvor ein gefährlicher Betrug. Eine Lügengeschichte, die den Blick auf die wirklichen Probleme unserer Zeit, auf die Lebensbedingungen so vieler Menschen und auf die vor uns liegenden Zukunftsfragen verdeckt. „Selbst wenn er [der Nationalismus, Anm.] versucht, den tröstlichen Balsam transzendenter Ideale innerhalb eines trostlosen irdischen Horizonts wiederherzustellen. Die Wiederauferstehung beweist nur, dass

Ressentiments die Ersatzmetaphysik der Modernen Welt geblieben sind, seit Rousseau sie erstmals definierte“, wie Mishra schreibt.

\*\*\*

Im Juni 2018 schreibt Bernd Ulrich in der ZEIT eine unglaublich treffende Analyse („Wie radikal ist realistisch?“) über die Welt, wie sie derzeit ist. Den Epochenbruch, den wir gerade erleben, beschreibt er wie folgt: „500 Jahre europäischer beziehungsweise 100 Jahre westlich-amerikanische Dominanz gehen zu Ende - und schlagen zurück. Mehr und mehr wird die vom Westen betriebene Globalisierung dialektisch, das heißt: Früher konnten Europäer und Nordamerikaner exportieren, was sie wollten - Waffen, Müll, Tourismus, Autos -, sie konnten importieren, was sie wollten - Öl, Nahrungsmittel aller Art, Halbfertigprodukte -, sie hatten es im Griff. Doch seit einiger Zeit kehrt die Globalisierung unkontrolliert heim in Gestalt von: Flüchtlingen, Terrorismus und ernst zu nehmender ökonomischer Konkurrenz. Zugleich steigen die Nebenkosten der Globalisierung, während die Gewinne abnehmen.“

In der Konsequenz bedeutet das, dass der Westen dabei ist, die Kontrolle zu verlieren. Der mehr als schräg verlaufende G7-Gipfel in Kanada im Juni 2018 hat nicht nur eines der meist beachtetsten Fotos des deutschen Regierungsfotografen Jesco Denzel hervorgebracht, sondern auch erahnen lassen, dass sich dieser Westen als politische Formation möglicherweise selbst auflöst. Die G7 schienen auf einmal eher wie ein Gipfel der Feinde, als einer der Freunde.

Was die Despoten unserer Zeit wollen: die Globalisierung wieder rückgängig machen. Das geht aber nur auf zwei Weisen. „Entweder man versucht, mittels Abschottung, Handels- und echten Kriegen

brachial die Rückwirkungen auf den Westen zu stoppen - oder man führt die Globalisierung insgesamt zurück, was aber bedeuten würde: keine seltenen Erden mehr aus dem Kongo, keine Panzer nach Saudi-Arabien, keine Billigreisen auf die Malediven und kein Koks mehr aus Lateinamerika.”

Es liegt auf der Hand, dass ersteres für rechte PolitikerInnen der gangbarere Weg ist. Und wir sehen die realpolitischen Konsequenzen dieser Politik tagtäglich bei Donald Trump und seinen Strafzöllen, die internationale Handelsbeziehungen erschüttern. Dieser Weg scheint zeitgemäß zu sein. Aber: Er ist mit immer höheren Kosten und Mühen verbunden.

Wenn wir an diesem Punkt kurz innehalten, dann sehen wir, dass es eigentlich die Mutlosigkeit der aktuellen Mitte-Politik - egal, ob diese von Konservativen oder Sozialdemokraten in Regierungen umgesetzt wird - ist, die den Raum für die Despoten unserer Zeit aufgemacht hat. Weil sie auf die großen Fragen und Probleme unserer Zeit nicht mit der gleichen Größe geantwortet hat. Sondern immer nur mit Gradualität, mit kleinen Schritten, die im letztmöglichen Moment ein dringendes Problem gelöst, durch die zuwartende Mutlosigkeit aber wieder fünf neue geschaffen haben.

Unsere Welt erlebt heute nicht nur einen Epochenwandel, sie sieht sich auch einem Flaschenhals-Effekt gegenüber. Das bedeutet: Immer mehr Menschen mit immer mehr Bedürfnissen müssen sich mit immer weniger belastbarer und ausbeutbarer Natur begnügen. Die materiellen Bedürfnisse pro Kopf wachsen weiter. Ebenso die ideellen. Damit die Welt aber wieder stabil werden kann, braucht es eine neue Radikalität, die in der realistischen Betrachtung der Sache ihren Ausgang findet. Und eben nicht in der Aggression und

Destruktion, die wir von rechtspopulistischer und -extremer Seite kennen oder in Ablehnung von öffentlichen Institutionen, die wir von allen Seiten kennen. Denn letztere werden wir für die Bewältigung der Zukunftsfragen noch dringend brauchen.

**\*\*\* SCHLUSS \*\*\***

In einer Welt, in der jeder und jede seines und ihres eigenen Glückes Schmied ist und in der der Mensch nicht dann erfolgreich ist, wenn er sich gegenseitig hilft, sondern zueinander in Konkurrenz geht, sind Angst und Zorn ein äußerst fruchtbarer Nährboden für eine Wir-Sie-Politik.

Wir haben in ganz Europa in den letzten Jahren und Jahrzehnten erlebt, wie trotz wirtschaftlichen Wachstums und wachsendem Wohlstand der reale Lohn für den großen Teil der Menschen weit weniger stark gewachsen ist. Oft sogar stagnierte oder zurückging. Noch nie gab es auf der ganzen Welt eine derartige Ansammlung von Wohlstand, Reichtum und technologischem Fortschritt.

Von den Smartphones über die Stammzellentherapie bis hin zur Dekodierung des menschlichen Genoms. Noch nie war der Mensch zu so viel fähig. Und noch nie waren die Chancen, an dieser Entwicklung teilzunehmen, so ungleich verteilt. Die Hälfte der weltweiten Einkommenszuwächse in den Jahren 1988 bis 2011 ging

an die reichsten 10% der Weltbevölkerung. Und damit auch die Chancen, Teil dieser neuen, innovativen Welt zu sein.

Die Welt und die Wir-Sie-Politik bieten heute die Geschichte und die Zielgröße einer individuellen Selbstverwirklichung. Aber keine realisierbaren Träume oder Alternativen zu den realen Verhältnissen. Selbst in den fortgeschrittensten und ältesten Demokratien der Welt hat die Politik heute eine Form angenommen, die eher der Verwaltung von Börsenunternehmen gleicht.

Parallel dazu hat eine neoliberale Ökonomie Konkurrenz in alle Lebensbereiche gebracht und Stück für Stück den gesellschaftlichen Zusammenhalt zerrissen. Wir erleben - nicht nur in Online-Foren - eine Alltagskultur, die gezeichnet ist von Herzlosigkeit und hasserfüllter Sprache.

Die globale Politik und deren Konflikte und kriegerischen Auseinandersetzungen haben 60 Millionen Menschen heimatlos gemacht. Sie sind auf der Flucht oder in Lagern und erleben Tag für Tag unvorstellbares Leid und Not.

Die Sprache der Rechtspopulisten und der Massenmedien hat aus diesen Menschen anonyme Massen gemacht: Flüchtlingswellen, wir müssen die *Schleusen dicht machen*. Die Wir-Sie-Politik hat notleidende Menschen zu „Überflüssigen“ gemacht. Sie werden in Lager gesteckt, auf Inseln im Pazifik festgehalten und dienen als „die Anderen“ in einer rechtspopulistischen und hasserfüllten Rhetorik.

Die gleichen politischen Parteien, die mit voller Kraft daran gearbeitet haben, dass die Kluft zwischen Reich und Arm - innerhalb

von Gesellschaften und weltweit - immer weiter auseinander geht, liefern eine Geschichte für all jene, die wütend oder zornig sein könnten. Denn eine Politik der Angst macht es leicht, den Zorn auf falsche Ziele zu lenken. Und so erzählen sie...

...den Menschen im Niedriglohnsektor: Sei nicht wütend auf deine/n ChefIn oder auf den Vorschlag zum 12-Stunden-Tag der Regierung. Sei neidisch auf die Arbeitslosen, die den ganzen Tag nichts tun und genau so viel bekommen wie du.

...der/dem PensionistIn: Sei nicht wütend auf die Regierung, sei neidisch auf jene LehrerInnen, ÄrztInnen oder EisenbahnerInnen, die eine volle Pension bekommen, während deine gekürzt wurde.

...denen, die leistbare Wohnungen suchen: Sei nicht wütend auf die Regierung, die viel zu lange keine Wohnungen gebaut, Gemeindewohnungen verkauft oder das Mietrecht nicht verbessert hat. Sei neidisch auf die EinwandererInnen, die eine Wohnung haben, die doch eigentlich dir zustehen würde.

Die Geschichten der Angstpolitik lassen sich wie folgt zusammenfassen: Du wurdest ausgeraubt. Sei aber nicht zornig, weil du ausgeraubt wurdest. Sei lieber auf deine/n NachbarIn wütend, die/der es ja viel mehr verdient hätte, ausgeraubt zu werden. Und sei ihr/ihm neidig, dass sie/er nicht so sehr ausgeraubt wurde wie du.

Das ist Politik, die die Flamme des Zorns mit Angst aufheizt und gleichzeitig jene der Hoffnung erstickt. Eine gute Zukunft, in der es allen besser geht, braucht aber beides. Die Unzufriedenheit über die Welt, wie sie ist. Aber auch den Optimismus, die Welt besser machen

zu können. Jede Veränderung muss aus Zorn über das Jetzt die Hoffnung für die Zukunft machen.

Ohne Hoffnung geben Menschen auf. In der Politik schließen sie sich dann der heute bereits größten Gruppe der WählerInnen an. Jenen, die nicht mehr an politischen Debatten und demokratischen Entscheidungen teilnehmen. Jenen, die keine Hoffnung auf Veränderung und Besserung haben, aber Zorn darüber, was ihnen die PolitikerInnen der Angst jeden Tag über Fernseher und facebook-Postings erzählen.



## Teil 2: Empathie & Hoffnung

Unsere Kultur, unser Umgang miteinander und unser Zusammenleben sind in den letzten Jahren von einer Politik der Angst vergiftet worden. Teil 1 hat gezeigt, wie die Despoten unserer Zeit auf schon lange wirkende Mechanismen aufbauen und so versuchen, die Angst noch größer zu machen und uns allen einzureden, dass wir uns voreinander fürchten müssen.

Manche PolitikerInnen versuchen, Zwietracht zu streuen. Sie versuchen ein Wir-Sie-Denken durchzusetzen, das nur von Ausgrenzung lebt und das uns Tag für Tag kleiner macht. Und sie versuchen, die Ungleichheit größer zu machen.

Wenn wir unsere liberale, offene Demokratie erhalten wollen, dann brauchen wir einen neuen Mut um die demokratischen Werte zu garantieren. Denn Demokratie ist nicht (nur) das formale Wissen über Verfassung, Freiheit und Recht. Demokratie beruht auf Werten, die das Fundament für demokratische Prozesse und Institutionen sind. Säkularität, Rechtsstaatlichkeit, die Haltung, den Andersdenkenden zu respektieren, Pluralismus an Meinungen als Stärke zu begreifen und Widerspruch zu schätzen.

Es sind Werte, die kein Naturgesetz sind, sondern gesellschaftliche Errungenschaften. Und für diese Errungenschaften lohnt es sich zu arbeiten. Immer und überall. Vielleicht haben wir uns in den vergangenen Jahrzehnten zu sehr auf der Idee ausgeruht, Offenheit und Demokratie wären ein Selbstläufer. Nein, sie sind tagtägliche Arbeit. Und die damit verbundenen grundlegenden Werte und Überzeugungen unerschütterlich zu machen, das ist unsere Aufgabe.

Die gute Nachricht: Wir Menschen sind soziale Wesen. Empathie, Optimismus und Hoffnung liegen uns. Wenn wir uns überlegen, was wir alle gemeinsam haben, dann ist das die Suche nach einem besseren, glückerefüllten Leben. Für uns und unsere Kinder. Dieser Wunsch ist stärker als jede hasserfüllte Politik.

Die Welt, in der wir leben, ihr Herausforderungen verlangen von uns eine größere Entschlossenheit als sie die Mitte-Politik der letzten Jahre hergegeben hat. Eine neue Radikalität aus der Breite der Gesellschaft, verankert in der Dinglichkeit und Sachlichkeit der Realität.

# Empathie.



***“I think we all have empathy. We may not have enough courage to display it.”***

***Maya Angelou***



Wir haben uns in den letzten Jahren in einer Kultur des Zorns und der Angst daran gewöhnt, dass Empathie und Menschlichkeit keinen Platz mehr haben. Wir haben uns daran gewöhnt, dass Kampf, Eroberung und Hass - vor allem rhetorisch und in der digitalen Welt - als Richtschnur für politische und gesellschaftliche Debatten gelten. Doch genau das macht uns schwach und entspricht in keinster Weise dem, was wir als Menschen sind.

Denn wenn es etwas gibt, das unser Zusammenleben immer weiter gebracht und besser gemacht hat, wenn es etwas gibt, das am Ende immer gewinnt, dann ist es die Empathie. Die tiefe Überzeugung, dass wir alle zusammengehören. Dass wir zusammenarbeiten müssen, wenn wir alle ein gutes und sicheres Leben haben wollen.

Große Worte, lassen wir uns gedanklich darauf ein: Es gibt etwas, das wir alle in unserem Leben viel zu selten machen und für das es im Englischen eine Redewendung gibt: to walk in someone else's shoes. Die Welt durch die Augen eines anderen sehen. Können wir das überhaupt noch?

Stell dir vor, du bist ein 17-jähriger junger Mann in Wien. Du bist hier um die Jahrtausendwende geboren, deine Eltern kommen aus einem anderen Land - aus der Türkei, Serbien, dem Irak, Schweden oder irgendeinem anderen Land. Dann hast du in den letzten Jahren von immer mehr Menschen zu hören bekommen: du gehörst hier nicht her. Du bist keiner von uns.

Du hast morgens in der U-Bahn die Gratis-Zeitung aufgeschlagen und darüber gelesen, dass du ein Problem bist, um das man sich endlich kümmern müsse. Du hast gesehen, wie gleichaltrige auf offener Straße beschimpft werden oder beim Ausgehen vom Security vor dem Club abgewiesen werden. Nur weil sie so aussehen, wie du.

Du hast von Asel, dem Wiener Neujahrsbaby des Jahres 2018 gelesen, über die sich eine Welle von online-Hass ergossen hat. Und du fragst dich, ob das bei dir auch so gewesen wäre, damals vor 17 Jahren, als du im gleichen Spital zur Welt gekommen bist.

Du hast auf facebook gesehen, wie eine Bezirkspolitikerin in Wien zur Zielscheibe von Hasskommentaren wurde, nur weil sie eine andere Hautfarbe hat, als jene die diese Kommentare schreiben.

Wenn wir uns dieser Entwicklung einfach hingeben, macht uns das verdammt arm. Oft hat es den Anschein, als hätten wir zugestimmt, dass in der digitalen Welt von heute alles erlaubt ist. Alles, außer Mitgefühl. Und darum müssen wir wieder zur Empathie finden. To walk in someone else's shoes.

\*\*\*

Der niederländische Zoologe und Verhaltensforscher Frans de Waal hat sich in seinen Arbeiten mit der tierischen und menschlichen Entwicklung von Kultur, Moral und Empathie auseinandergesetzt. Auf die Frage, was er an der menschlichen Spezies verändern würde, wenn er Gott wäre, sagt de Waal: die Reichweite der Empathie erhöhen.

Denn tatsächlich liefert de Waal empirische Beweise dafür, dass - nicht nur beim Menschen - Kooperation zu unserer Grundausstattung gehört. Sich in das Gegenüber hineinversetzen zu können ist eine Qualität, die uns auszeichnet. Empathie liegt sozusagen in unseren Genen und ist ein wesentlicher Erfolgsfaktor, wieso es dem Menschen gelungen ist, eine derart erfolgreiche Entwicklung zu vollziehen.

De Waals Buch „Das Prinzip Empathie“ ist auch ein Statement gegen die neoliberale Interpretation der Evolution. Denn wenn es nach den Konservativen, Neoliberalen und RechtspopulistInnen geht, funktioniert unser Zusammenleben und unsere Wirtschaft dann am besten, wenn wir uns vom Egoismus leiten lassen. In dieser Welt setzt sich immer - und nur - die/der Stärkere durch. Jede/r einzelne ist ihres/seines Glückes Schmied und steht in direkter Konkurrenz zu allen anderen.

„Eine Gesellschaft, die sich ausschließlich an egoistischen Motiven und Marktkräften orientiert, kann vielleicht Wohlstand schaffen, aber nicht die Einigkeit und das gegenseitige Vertrauen, die die Basis für lebenswerte Verhältnisse sind.“, so de Waal. „Deshalb ermitteln Erhebungen das höchste Maß an Glück nicht in den reichsten Ländern, sondern in solchen, in denen das Vertrauen zwischen den Bürgern am größten ist.“

Dass dieser Blick auf uns Menschen falsch ist, beweist unser tägliches Leben. In jeder Sekunde unterstützen sich weltweit Millionen Menschen: in der Pflege, in der Nachbarschaft, in Vereinen. Ehrenamtliche helfen bei sozialen Initiativen, in NGOS oder in der Entwicklungszusammenarbeit. Menschen *wollen* zusammenarbeiten, weil sie gemeinsame Ideale haben. GewerkschafterInnen, die für besser Löhne kämpfen, SozialunternehmerInnen, die Business-Cases zur Bewältigung gesellschaftlicher Probleme entwickeln oder Baugruppen, die sich zusammentun und gemeinsam neue Wohnprojekte auf die Beine stellen.

Es ist zutiefst menschlich, dass wir uns nach einer Gesellschaft sehnen, in der wir zusammenleben und gemeinsam arbeiten können. Eine Gemeinschaft, in der wir nicht ständig in Konkurrenz zueinander treten und einander misstrauen müssen, sondern in der wir aufeinander achten und füreinander sorgen.

Wie wir diese Gemeinschaft, dieses Zusammenleben dann genau organisieren, dazu haben wir vielfältige Ideen und Ansichten. Aber wir brauchen zuallererst Empathie, um aufeinander zugehen zu können und unsere unterschiedlichen Ideen durch das Gespräch real werden zu lassen.

Trauen wir uns also wieder mehr Empathie zu. Nicht aus Naivität, sondern aus der Überzeugung heraus, dass wir soziale Wesen sind, deren Stärke darin liegt, aufeinander zu schauen und zusammenzuarbeiten.

\*\*\*

Politik nach empathischen Grundsätzen zu machen ist nicht naiv oder gar unpolitisch. Es ist vielmehr der Gegenentwurf zur neoliberalen Politik des Egoismus. Was während der französischen Revolution die „Brüderlichkeit“ war und heute wohl „Solidarität“ heißt, hat eine Grundvoraussetzung: die Fähigkeit, empathisch miteinander zu sein und politische und gesellschaftliche Systeme derart zu gestalten, dass sie eben nicht Konkurrenz und Egoismus, sondern Zusammenarbeit, Kooperation und gegenseitige Unterstützung bevorzugen.

Vermutlich ist Wien als Stadt das ideale Labor für eine empathische Gemeinschaft, auch weil dieser Gedanke in der Geschichte dieser Stadt tief verankert ist. Das „Rote Wien“ mit seinem starken sozialen Wohnbau, dem Gedanken der Genossenschaft, einer starken öffentlichen Hand - all das sind Ergebnisse von menschlicher Zusammenarbeit. Sie sind der lebende Beweis, dass Empathie Leitschnur für erfolgreiche Politik sein kann.

Dieser Gedanke lässt sich in vielen Bereichen der Stadtpolitik finden. Klassisch und bekannt sind beispielsweise Freiwilligenarbeit, soziales Engagement oder Flüchtlingshilfe. Aber auch im Wohnbau übernehmen immer mehr Baugruppen nicht nur die Aufgabe, Wohnraum zu errichten, sondern soziale und kulturelle Infrastruktur für ganze Stadtteile zur Verfügung zu stellen.

Und natürlich ist die Idee des Sozialstaats ursächlich mit Empathie verbunden. Die bedarfsorientierte Mindestsicherung als soziales Netz, die Kranken- und Arbeitslosenversicherung, der freie Zugang zu Bildung, die Unterstützung von ökonomisch benachteiligten Familien, die z.B. ihre Miete nicht zahlen können. Es ist die Überzeugung, dass alle Menschen Würde und Rechte besitzen und es

ist die Empathie, die uns dazu antreibt, soziale Sicherungssysteme zu entwickeln und zu verteidigen.

Jeder Mensch in Wien soll sich seine Wohnung leisten können und beim Arztbesuch nicht an den eigenen Kontostand denken müssen. Dieses Selbstbewusstsein des Gemeinschaftsgedankens ist das direkte Resultat von empathischer Politik, die ihre Verantwortung wahrnimmt, Strukturen zu schaffen, in denen Menschen aufeinander schauen und sich gegenseitig unterstützen.

Vielleicht ist gerade unter einer schwarz-blauen Bundesregierung der richtige Zeitpunkt, um sich auf die Stärken der Empathie zu besinnen. Und daraus auch Selbstbewusstsein und Zuversicht abzuleiten. Denn wenn diese Stadt droht, in die Hände der Hass-PolitikerInnen zu gelangen, dann werden sich immer mehr Menschen finden und gemeinsam sagen: Wien steht für Freiheit, für Akzeptanz, für Empathie. Lassen wir uns diese Stärke niemals nehmen.

---

***“Empathy is a Quality of Character, that can change the world.”***

***Barack Obama.***

---



# Hoffnung.

Im Juni 2016 stürmt ein 29-jähriger Amerikaner den Gay-Club „Pulse“ in Orlando und tötet dort 49 Menschen. 49 Tote. Noch mehr Verletzte. Das ist die schmerzvolle und schockierende Bilanz der Bluttat von Orlando. Es ist schlicht unvorstellbar, wie ein Abend voller Lebensfreude und Spaß als tödlicher Anschlag enden kann.

Es war ein Anschlag, der einer ganz bestimmten Gruppe galt: der LGBT-Community. „Pulse“ war ein Club für Schwule und Freund\_innen. Der Zeitpunkt bewusst gewählt - der Beginn des Pride Monats Juni, in dem weltweit Paraden gefeiert werden. Für viele, die die LGBT-Community nicht kennen, ist vielleicht nicht gleich nachvollziehbar, welche Bedeutung Bars und Clubs für unsere Bewegung haben und wie tief uns diese Bluttat daher alle, überall auf der Welt, trifft.

In den Tagen nach dem 12. Juni 2016 war ich als Sprecher der Grünen Andersrum für viele Interviews und Studio-Gespräche angefragt. Die Regenbogenparade stand unmittelbar vor der Tür, eine Rede für die Abschlusskundgebung musste vorbereitet werden. Was sagt man angesichts einer derartigen Tat? Welche Antwort gibt man auf die Frage nach dem Warum? Wie nimmt man jungen LGBTs die Sorge und Angst, die diese Bilder auslösen?

Am nächsten Abend setze ich mich mit meinen engsten Freunden zusammen, das Bedürfnis nach Austausch ist groß. Ich rede sehr lange und intensiv mit meinem Vorgänger als Sprecher bei den Grünen Andersrum, Marco Schreuder. Es tut gut in solchen

einschneidenden Situationen Menschen um sich zu haben, mit denen man gemeinsam reflektieren kann.

„Die Jungen brauchen jetzt Hoffnung. Damit sie wissen, dass sie nicht alleine sind“, sagt ein Freund von mir an diesem Abend. Und tatsächlich ist Hoffnung jener Antrieb, der die LGBT-Community in den letzten 50 Jahren seit den Stonewall Riots im New York des Jahres 1969 bis heute antreibt. Der feste Glaube daran, dass der morgige Tag besser wird, wenn man dafür kämpft und arbeitet. Das ist die Hoffnung im Angesicht von Hass und Leid. Verzweiflung ist immer ein Sieg des Hasses. Hoffnung will, dass Liebe und Zuversicht gewinnen.

Einige Tage später stehe ich auf der Bühne bei der Abschlusskundgebung der Regenbogenparade im Votivpark. Der ganze Platz ist voll, zig-tausende Menschen sind gekommen und ich bin dementsprechend aufgeregt. Als ich einen Blick in die Menge werfe, wird mir eines klar: Die Antwort auf Orlando ist direkt vor mir. Es sind die tausenden Menschen - schwul, lesbisch, trans, bi, hetero -, die hier stehen und ihr Gesicht zeigen. Die sich nicht verstecken, sondern zu dem stehen, wie sie sind und wen sie lieben. Und damit anderen Hoffnung machen.

Ich rede von Jakobs Hoffnung, der an diesem Tag das erste Mal auf der Parade war und mich angesprochen hat. Er hat sich vorgenommen, in der Woche nach der Regenbogenparade seinen SchulkollegInnen zu sagen, dass er schwul ist.

Ich rede von der Hoffnung von Julia und Anna, die mit ihrem einjährigen Sohn auf der Parade waren und sich wünschen, dass ihr Kind in einer Welt voller Akzeptanz aufwächst.

Ich meine die Hoffnung von Navid, der ursprünglich aus dem Iran kommt und bei der Parade 2018 auf der Bühne steht. Navid hofft, dass er in Wien ein neues Zuhause gefunden hat, in dem er als schwuler Mann offen und sicher leben kann, während ihm im Iran die Todesstrafe drohen würde.

Ich durfte in den letzten Jahren vieles von der LGBT-Community lernen. Allen voran die zentrale Bedeutung von Hoffnung für progressive Politik. Ich weiß, von Hoffnung alleine kann man nicht leben. Aber ohne sie ist kein Leben lebenswert.

\*\*\*

Mai 2018 im Kabelwerk mitten im 12. Wiener Gemeindebezirk. Ich nehme am Küchentisch einer Frau in ihren frühen 50ern Platz und während wir reden, strahlt die Abendsonne in ihre Genossenschaftswohnung. Die Wiener Grünen haben im Frühjahr des Jahres beschlossen, auf Hausbesuchs-Tour zu gehen und in jenen Wahlsprenkeln, in denen wir bei der Nationalratswahl signifikant stark verloren haben, nachzufragen.

Einige hundert Gespräche kamen so zustande, die von den Sorgen und Wünschen der Wienerinnen und Wiener gespeist wurden. Und die eines zum Ausdruck brachten: Wir sind alle auf der Suche nach Hoffnung. Was uns verbindet ist, dass wir für uns und unsere Liebsten ein glückes Leben suchen.

Am Küchentisch im Kabelwerk erzählt mir jene Frau, dass ihr Sohn auf der Suche nach einer Lehrstelle ist und gerade wieder zig Bewerbungen abgeschickt, aber keine Antwort bekommen hat. Ihr Sohn macht trotzdem weiter, er ist zuversichtlich. Sie selbst hat einen guten Job, macht sich aber Sorgen, dass dieser in den kommenden Jahren verloren gehen könnte. „Ich habe ja das Glück, dass ich in einer Genossenschaftswohnung lebe. Aber stellen Sie sich vor, Sie sind Mitte 50, verlieren ihren Job und müssen sich am freien Wohnungsmarkt etwas suchen - das ist der direkte Weg in die Armut“.

Es sind ganz lebensnahe Sorgen, die ich in den vielen Gesprächen höre. Eine Krebspatientin in der Josefstadt, die mir im Detail beschreibt, wie sie sich Wien vorstellt, wenn ihre jetzt achtjährige Tochter erwachsen ist. Ein Mann im Sonnwendviertel, der als Jugendarbeiter von der Politik zu recht verlangt, dass wir den vielen Jungen, die bei ihm im Jugendzentrum sind, Perspektiven geben sollen. Das Ehepaar im dritten Bezirk, das vom Hauseigentümer drangsaliert wird, weil dieser aus der Wohnung gerne eine hochwertige Immobilie (und den dazugehörigen Gewinn) machen möchte.

In jedem dieser Gespräche gab es dann den Punkt, an dem wir gefragt haben: „Wenn Sie an Ihre ganz persönliche Zukunft denken - sind sie dann eher hoffnungsvoll oder pessimistisch?“ Und ich war immer wieder erstaunt, wie selbstverständlich und mit welchem Strahlen in den Augen Menschen „hoffnungsvoll“ gesagt haben.

Auch, wenn viele dieser Menschen keine einfache Zeiten durchleben, es treibt sie doch eine Hoffnung an. Es ist die Hoffnung, dass ihnen selbst und ihren Kindern ein besseres Leben gelingt.

In der Wohnung im Kabelwerk sagt mir die Frau: „Klar mach ich mir Sorgen, dass es für meinen Sohn keine Lehrstelle gibt oder dass mit Schwarz-Blau jetzt Angriffe auf so vieles kommen, das ich gut finde: Wohnbau, Krankenversicherung oder meine Pension. Ich habe in meinem Leben mehr als genug miterlebt. Aber ich habe das Gefühl, in Wien halten wir zusammen, wenn wir uns gegenseitig brauchen.“

Als ich die Wohnung nach ca. 20 Minuten wieder verlasse und meine Kollegin und ich das Gesprächsprotokoll finalisieren, sind wir beide beeindruckt. Von der unglaublichen Entschlossenheit und Hoffnung, die wir gerade erlebt hatten. Es sind diese vielen Geschichten darüber, wie Menschen in Wien ihr Leben meistern. Wie sie sich in schwierigen Zeiten nicht dem Zynismus hingeben, sondern hoffen.

\*\*\*

Heute muss sich jede Politik entscheiden, ob sie sich entlang von Zynismus und Angst oder an Empathie und Hoffnung ausrichtet. Ich bin der tiefen Überzeugung, dass Grüne Politik jene der Hoffnung sein muss.

Wie im ersten Teil bereits ausgeführt, haben die Angst und der Zynismus in den letzten Jahren viel zu viel Platz eingenommen. PolitikerInnen vieler Parteien und Lager haben uns eingeredet, dass wir einander misstrauen sollen. Sie haben die Empathie und den Zusammenhalt in unseren Gesellschaften angegriffen und dazu

beigetragen, dass bei immer mehr Menschen ein Gefühl der Unruhe entsteht, wenn sie an die politische Zukunft denken.

Zynismus und Angst haben noch nie eine Krankheit geheilt, ein Unternehmen gegründet oder ein Kind erzogen. Sie haben noch nie für Menschenrechte gekämpft, Jahreskarten billiger gemacht oder die Lebensqualität in der Straße vor dem eigenen Haus verbessert. Diese Politik der Angst hat nur eines mit sich gebracht: Sie hat uns klein und schwach gemacht.

Hoffnung ist genau das Gegenteil. Hoffnung hat nichts mit blindem Optimismus zu tun, der die enormen Herausforderungen unserer Zeit ignoriert. Sie hat auch nichts mit naivem Idealismus zu tun, der uns dazu verleitet, nur am Rand des Spielfelds zu sitzen und zu hoffen, dass der Lauf der Dinge die Welt besser machen wird.

Hoffnung heißt, dass wir an große Ziele glauben und dafür arbeiten. Damit eng verbunden ist ein selbstbewusstes Maß an Entschlossenheit. Oft kritisieren die PolitikerInnen der Angst, dass unsere Politik nur „leeren Worten“ gleicht. Und auch aus den progressiven Ecken höre ich immer wieder, dass *Lieb-Sein* und *schöne Worte* alleine nicht reichen.

„Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren“; „I have a dream“; „Wir schaffen das“ - nur *schöne Worte*? Barack Obama sagte „Yes we can“ und nicht „I’m not sure, it’s very complicated“. Jesse Klavers Kampagnen Slogan war „Veränderung beginnt hier“ und nicht „Ich hätte gerne ein bisschen Veränderung, bitte“.

Es stimmt: Politische Reden alleine können die vielen Probleme, die es auf unserer Welt gibt, nicht lösen. Was aber mindestens genauso wahr ist: Wenn wir es nicht schaffen, die Menschen zu inspirieren, wieder an große Ziele und Errungenschaften zu glauben, dann wird jede noch so große Anzahl an politischen Programmen und Vorhaben nutzlos sein.

Wir sollten nicht mehr akzeptieren, dass Empathie und Hoffnung als unwesentliche Emotionen in der Politik abgetan werden. Sie sind vielmehr die Quelle, aus der wir Kraft für die Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte schöpfen können.

Hoffnung bedeutet zu glauben, zu kämpfen und für seine Ziele zu arbeiten.

Ich weiß wie hart es sein wird, den Wiener Wohnungsmarkt in den Griff zu bekommen, wenn die Schwarz-Blauen beginnen, den sozialen Wohnbau zu schwächen, weil Großspender von Sebastian Kurz das verlangen.

Ich weiß wie hart es sein wird, unser Verkehrssystem ökologisch umzustellen und dabei allen Wienerinnen und Wienern leistbare Öffis zu garantieren, während mächtige Autolobbies dagegen arbeiten.

Ich weiß wie hart es sein wird, Wien und Österreich CO<sub>2</sub>-neutral zu machen, solange große Ölkonzerne riesige Summen an Geld mit dem Verbrennen fossiler Ressourcen verdienen.

Ich weiß wie hart es sein wird, unser Schulsystem so umzukrempeln, damit die Jungen in Wien alle Werkzeuge mitbekommen, um für eine digitalisierte Welt gerüstet zu sein.

Ich weiß wie hart es sein wird, die Armut in Wien zu bekämpfen, während gleichzeitig Schwarz-Blau unsere sozialen Sicherungssysteme Stück für Stück schwächt und zerstört.

All das erfordert einen langen Atem. Aber wenn es einfach wäre, wäre es bereits erledigt. Wovon ich aber überzeugt bin: Keine einzige Errungenschaft in dieser Stadt wäre je passiert, wenn nicht an irgendeiner Stelle jemand zu hoffen begonnen hätte.

Ich bin heute im Hinblick auf die Zukunft Wiens optimistischer als je zuvor. Das Wien, das ich in den letzten Jahren kennengelernt habe ist voller Courage, Optimismus und Kreativität. Das Wien, das ich kenne, ist vernünftig und großzügig. Jung, alt, weiß, braun, schwarz, hetero, homo, Frau, Mann, Menschen mit Behinderung - sie alle sind Teil dieser Stadt.

Das ist das Wien, das ich kennenlernen durfte. Unsere Kraft kommt aus dieser Vielfalt und aus der Überzeugung, dass wir alle ganz unterschiedliche Teile eines großen Ganzen und durch unsere Träume und Hoffnungen verbunden sind. Durch die Hoffnung, dass wir die Zukunft zu einer besseren machen können.



## Radikal realistisch.

Es ist weiten Teilen der Politik in den letzten Jahren nicht gelungen, auf die fundamentalen Fragen unserer Zeit ebenso fundamentale Antworten zu geben. Gerade wenn wir uns die europäische Politik anschauen. Die Antworten auf die Klimakrise, den Flaschenhalseffekt und einem gleichzeitig stattfindenden Epochenwandel nach 100 Jahren westlich-amerikanischer Dominanz waren nie groß und grundlegend. Sondern immer nur kleine Schritte.

Die Veränderungen unseres Klimas sind evident, die Folgen spürbar. Wir sind mittlerweile soweit, dass die Weltbank - die nicht gerade eine Grüne Teilorganisation ist - prognostiziert: bis 2050 werden bis zu 140 Millionen Menschen in direkter Folge des Klimawandels auf der Flucht sein. Es sind die Bauernfamilien in Bangladesh oder sonst wo auf der Welt, die in wenigen Jahren ab jetzt ihre Lebensgrundlage verlieren, weil die Böden, auf denen sie jetzt anbauen, übersalzen und nicht mehr nutzbar sind.

Was sind die Antworten auf diese Situation? Die Politik diskutiert in Teilen, ob die Klimakrise wirklich real ist. Das Abkommen von Paris aus dem Jahr 2015 war ein beachtlicher Schritt - heute steigen Länder wie die USA aus, konkrete Maßnahmen auf nationaler Ebene lassen auf sich warten. In Österreich liegt eine Klimastrategie auf dem Tisch, die unkonkret und zahnlos ist. Niemand scheint wirklich daran interessiert zu sein, tatsächlich jene systemrelevanten Änderungen anzugehen. Mit Einzelmaßnahmen versucht man sich weg zu ducken.

Das ist aber nur die eine Seite der fundamentalen Klimakrise, auf die die Politik keine Antwort zu finden scheint. Was sind die Antworten, die wir dem Bauern und seiner Familie in Bangladesh geben? Schauen wir so lange zu, bis die Bedrohung der Lebensgrundlage so vieler Menschen ihnen die Heimat genommen hat? Das sind keine einfachen Fragen, für niemanden in der Politik. Aber es geht sich nicht mehr aus, sie zu ignorieren und zu glauben, man könne sich konkrete Handlungen ersparen.

### *Die Politik auf die Höhe der Zeit bringen.*

Was wir brauchen, ist eine radikal-realistische Alternative. Eben keine Politik, die Probleme erst dann löst, wenn man schon mitten in der Krise ist und so wieder mindestens vier neue Probleme entstehen. Eben kein Gradualismus, mit dem immer nur jene Schritte gemacht werden, die in der Schnittmenge zwischen Notwendigkeit und geringstem Widerstand sind.

Vielmehr braucht unsere Zeit eine Politik, die sich vorab die demokratische Legitimation für mutige Entscheidungen erarbeitet, die den Anspruch hat, zehn Probleme auf einmal zu lösen.

Wie könnte das gelingen? Indem man zuallererst beginnt, das was ist, zu benennen. Warum verdienen Frauen, die Menschen pflegen, so eklatant weniger als Männer, die Maschinen zusammenbauen oder Stahl erzeugen? Warum beschäftigt der Diesel-Skandal Gerichte, hat US-Einreiseverbote für Konzernchefs zur Konsequenz, aber in der Politik gibt es keine Handlungen abseits von punktuellen Fahrverboten?

Warum wird ein Artensterben und der Verlust von Biodiversität hingenommen während alle wissen, dass das System unserer Landwirtschaft so nicht aufrecht zu erhalten sein wird? Warum wissen zwar alle, dass eine digitalisierte (Arbeits-)Welt ein komplett anderes Bildungssystem braucht, trotzdem sitzen 25 SchülerInnen in unseren Klassen und lernen nach Konzepten des vorigen Jahrtausends? Warum diskutieren wir über eine 60-Stunden Arbeitswoche, während wir wissen, dass in fast keinem anderen Land so viele Überstunden gemacht werden, dass Burnout-Erkrankungen zunehmen und dass sich in den kommenden Jahren die Arbeitswelt radikal verändern wird.

Ein politischer Anspruch, der diese Schieflagen beenden und die dahinterliegenden Probleme anpacken will, begnügt sich nicht mit graduellen Antworten. Es reicht eben nicht mehr, sich mit Gehaltsverhandlungen, die ein, zwei oder drei Prozentpunkte Lohnaufschlag bringen, zufrieden zu geben. Es braucht große Schritte, die beispielsweise die Gehälter im Pflegebereich radikal anheben. Kein Ausprobieren von weiteren Schulversuchen sondern die Einsicht, dass unser Schulsystem viel zu viele Geringqualifizierte hervorbringt, die niemals Arbeit finden werden. Das bedeutet: lieber doppelt so viele Lehrer\_innen, dreimal so viele KindergartenpädagogInnen und vollkommen neue Unterrichtsthemen.

Der Diesel-Skandal als Ausdruck der offenen Mobilitätsfrage braucht ganz andere Antworten als das Schlagwort E-Auto: eine Stadt, die sich für FußgängerInnen, Fahrräder und Öffis designt ist. Dann würden wir neben der Frage der Luftqualität nämlich noch ganz andere Probleme lösen: eine Entlastung jener Menschen, die aus schwächeren sozialen Schichten kommen, an den Einfallstraßen

Wiens wohnen und seit Jahren nicht bei offenem Fenster schlafen können; eine massive Reduktion von Verkehrstoten im Stadtverkehr; rücksichtsvollerer Radverkehr, weil dann nicht mehr nur jene Ninja-Radler unterwegs sind, die sich zwischen den Blechlawinen behaupten (müssen); endlich ein Erreichen der Emissionsziele; bessere Luftqualität und damit eine gesündere Lebensumgebung für unsere Kinder.

Die Digitalisierung würde dann eben nicht bedeuten, dass sich PolitikerInnen beim Verteilen von Laptops fotografieren lassen, sondern dass jedes Wiener Kind programmieren, die digitale Welt kritisch hinterfragen und komplex denken kann. Und dass LehrerInnen ihnen dieses Gedankengerüst für eine digitale Welt auch mitgeben können.

Es bedeutet auch, sich nicht länger schockiert darüber zu zeigen, wie schlimm die Kommentare auf facebook sind. Die digitale Welt braucht die Politik unglaublich dringend. In dieser ganzen Debatte kann ja die Antwort nicht sein: na gut - facebook ist blöd, darum verwende es einfach nicht mehr. Sich selbst aus dem Spiel zu nehmen, löst ja die Probleme und Fragen der Zukunft nicht. Was es vielmehr braucht ist, endlich darüber nachzudenken, wie man die großen Internet-Monopole dem Gedanken des Gemeinwohls unterwirft. Corinna Milborn und Markus Breitenecker haben in „Change the Game“ spannende Ideen zu genau diesen Fragen formuliert.

Dieses „Sich selbst aus dem Spiel nehmen“ ist eines jener Motive, das die Politik im 21. Jahrhundert am stärksten lähmt. Natürlich ist es vorbildhaft, wenn Menschen biologisch einkaufen, auf Plastik verzichten, sich um ein respektvolles Miteinander online kümmern

oder den Zug statt dem Flugzeug nehmen. Und es gebührt den vielen Initiativen und Privatpersonen ein großer Dank, dass sie um ein zigfaches engagierter sind als manche politisch Verantwortlichen.

Die Schlussfolgerung daraus darf aber nicht sein, dass wir alle Verantwortungen auf das Individuum abwälzen. Nach dem Motto: wenn du dich für das Klima einsetzen willst, dann fahr halt mit dem Rad. Wenn es dich stört, dass unsere Weltmeere mit Plastik vermüllt werden, kaufe halt kein Plastik. Wenn du dir Sorgen um unsere Demokratie machst, weil digitale Plattformen die öffentliche Debatte vergiften, dann melde dich halt einfach ab.

„Der Verbraucher hat die Macht!“, heißt es dann oft. Oder: nachhaltige Verkehrspolitik muss im Kopf stattfinden. Wäre ich Lobbyist für einen Plastik-Verpackungsproduzenten oder einen Autohersteller, ich würde mir genau solche Sprüche ausdenken. Denn etwas besseres kann den Konzernen nicht passieren: die Schuld an der Vermüllung der Meere oder am steigenden CO<sub>2</sub>-Ausstoß liegt bei den KonsumentInnen, denn sie kaufen Plastik und SUVs. Für die ProduzentInnen ist das bequem und sie müssen sich lediglich um die Optimierung von Kosten und Einnahmen und somit ihre Profite kümmern.

In dieser Gedankenwelt, in der alle Verantwortung immer nur jene des Individuums ist, gibt es keinen Grund, das Steuersystem ökologischer zu gestalten. Dann gibt es auch keinen Grund, Verpackungsvorschriften so zu ändern, dass nicht jeder Apfel einzeln in Plastik eingeschweißt wird. Dann wird es auch weiter so sein, dass ein Flug von Wien nach Berlin 60 Euro kostet, die Zugfahrt am selben Wochenende 198 Euro - und das noch nicht einmal direkt, sondern mit schlechten Umsteigeverbindungen.

Dieser Zugang hemmt uns darin, Systeme zu verändern. Oder anders gesagt: Verhältnisse ändern Verhalten. Die These „Wenn jeder einzelne sich nur richtig verhält, dann wird die Welt gerettet“, ist leider falsch. Michael Kopatz hat mit „Ökoroutine“ ein spannendes Buch über genau dieses Thema geschrieben. Der Projektleiter für Verkehrs-, Energie- und Klimapolitik am Wuppertal Institut zeigt, dass umweltfreundliches Verhalten nicht durch moralische Appelle entsteht, sondern dadurch, veränderte Verhältnisse anzustreben, beispielsweise über steigende Standards für Produkte.

Systemänderungen im Bereich der Ökologie beginnen nicht im Kopf, sondern bei der Infrastruktur. Es beginnt mit Radschnellwegen, Busspuren und dem Rückbau von Parkplätzen. Es muss einfacher, billiger und cleverer sein, mit den Öffis oder dem Fahrrad in die Stadt zu fahren. Wir haben das in Wien vorgelebt: Wenn sich die Politik entscheidet, eine Jahreskarte auf 365 Euro zu verbilligen, dann schnellst die Anzahl der Jahreskarten-AbonentInnen in die Höhe. Vor der Tarifreform gab es in Wien 360.000 Jahrestickets (2011), sieben Jahre später kratzen wir an der 800.000er-Marke. Eine ökologische Erfolgsgeschichte, bei der die Verhältnisse das Verhalten geändert haben.

In Diskussionen rund um das Thema Nachhaltigkeit und Ökologie fragen mich - vor allem SchülerInnen bei Diskussionen - was sie beitragen können, um unsere Welt besser zu machen. Denn oft sehen sie, wie notwendig ökologische Änderungen sind und wie lahm die Politik agiert. Statt sich dem persönlichen Ohnmachtsgefühl hinzugeben, empfehle ich ihnen dann, sich neben ihrem Engagement im privaten Bereich auch gesellschaftlich zu engagieren. Denn bessere Strukturen und Standards kommen nicht von alleine. Dafür müssen sich Menschen engagieren.

Egal ob bei Demos für den Klimaschutz oder bei der Critical Mass - eine Fahrraddemo, die für besseren Radverkehr durch Wien radelt - oder auch online, wir brauchen Leute, die ihre eigenen Ziele und Werte artikulieren. Das braucht nicht nur unsere Welt, sondern auch jene Politikerinnen und Politiker, die Reformen voranbringen wollen. Und darüber hinaus fühlt sich Engagement für eine bessere Zukunft richtig gut an.

\*\*\*

Unsere Zeit braucht das Politische zurück. Das bedeutet: Regeln und Leitplanken für ein gutes Zusammenleben finden. Menschen ermutigen, nachhaltig und solidarisch zu leben. Und die digitale Welt zu zivilisieren.

Was passiert, wenn wir das nicht tun, wenn wir und wenn die Politik sagt: gut, lassen wir das einfach alles passieren. Was dann passiert, das sehen wir bei der Globalisierung und bei der Digitalisierung.

Dann fahren die Konzerne mit uns Achterbahn. Nehmen wir nur mal die ganze Frage der Besteuerung her. Im letzten Jahrtausend hatten wir nur Bücher, die man angreifen, auf- und zumachen kann. Da war es vielleicht sinnvoll und richtig, dass die Buchhändlerin ums Eck bei jedem verkauften Buch auch die Steuer einhebt.

Jetzt ist es halt anders. Heute haben wir e-Books, Daten werden in ganz Europa und weltweit verkauft. Und die Konzerne sagen: Hier oder dort habe ich meine Steuer bezahlt. Aber am Ende haben sie sie

nirgendwo bezahlt. Und zurecht sagen dann viele: es kann nicht sein, dass die Buchhändlerin ihre Steuern zahlt, aber amazon oder google nicht. Aber der Frust richtet sich dann nicht gegen amazon - wir wollen ja auch unsere eBooks lesen. Sondern gegen die Demokratie und gegen Europa.

Egal, ob es am Ende des Tages neue Gesetze sind oder eine Digitalsteuer steht, wie sie der Vorsitzende der deutschen Grünen, Robert Habeck, fordert: die digitale Welt braucht Regeln, die ihnen die Politik geben muss. Damit die Menschen spüren, wofür die Politik da ist: unser friedliches Zusammenleben in einer freien und solidarische Welt zu sichern. Das muss unser Anspruch sein, sonst bröckelt das Vertrauen in Europa und in die Demokratie. Lassen wir das nicht zu und formulieren wir unseren Anspruch an eine progressive Politik: Bringen wir das Politische zurück und damit die Politik auf die Höhe der Zeit.

\*\*\*

Unsere Realität stellt uns vor derart fundamentale Herausforderungen, dass wir uns es nicht länger leisten können werden, politische Antworten danach auszusuchen, ob sie möglichst wenig Widerstand und Aufsehen auslösen. Die Unruhe und Unzufriedenheit ist da. Der derzeitige Umgang damit, alles auf das Thema Migration und Flüchtlinge zu lenken, führt höchstens dazu, dass die Unruhe weiter am Kochen gehalten wird, bis sie irgendwann in Bahnen gelenkt wird, die gefährlich werden.



Vielleicht ist radikal-realistische Politik vielmehr eine „Politik der Schonung“, wie Bernd Ulrich sie in einem Leitartikel in der ZEIT im Juni 2018 bezeichnet: „Eine Politik der Schonung ist in einer überbevölkerten, überlärmten, übernutzten Welt vielleicht die einzige Chance, es miteinander auszuhalten.“

Radikal-realistische politische Antworten aus der Sache heraus zu geben würde bedeuten, dass die Aufmerksamkeit dorthin gelenkt wird, wo tatsächlich an der Problemlösung und damit an Stabilität und Ruhe gearbeitet werden kann. Es würde bedeuten, sich nicht länger von Demagogen und ihrer Politik der Angst ablenken und leiten zu lassen, sondern aus eigener Kraft heraus progressive Antworten zu geben. Wir leben in einer Zeit in der wir wieder Mut fassen müssen um mutig zu sein. Ich weiß, dass es nicht leicht wird. Aber ich weiß auch, dass wir diesen Kampf gemeinsam gewinnen werden.

## Zum Schluss.

Als ich im November 2015 als Abgeordneter im Wiener Landtag angelobt wurde, habe ich ehrlich nicht erwartet, wie sich die kommenden Jahre entwickeln werden. Sowohl parteiintern, in der österreichischen Politik und auf der globalen Polit-Bühne gibt es Entwicklungen, die viele von uns 2015 nicht erwartet hätten.

Aber sie sind da. Und sie sind nicht angenehm. In stürmischen Zeiten ist aber eines ratsam: niemals vergessen *warum* wir etwas tun. Gerade in der Politik dürfen wir nicht aus den Augen verlieren, dass es einen Grund gibt, warum wir uns engagieren, warum wir für politische Ämter kandidieren, warum wir Parteien, Bewegungen oder Personen unterstützen.

“Start with why” ist ein Buch und ein Leitsatz von Simon Sinek, das mich angespornt hat, die Frage nach dem Grünen *Warum* zu stellen - egal ob im NextGeneration Lab mit jenen Grünen, die selber jünger sind als die Partei, bei zahlreichen Diskussionen mit KollegInnen zum Neustart der Grünen oder rund um diesen Text. Beginnen wir mit dem *Warum* und fassen wir so wieder Mut. Das ist der Gedanke, der am Beginn dieses Projekts steht.

Während ich die letzten Zeilen dieses Textes finalisiere, gewinnt eine 28-jährige Frau aus der Bronx die Vorwahlen für einen Kongress-Sitz im 14. District von New York. Alexandria Ocasio-Cortez galt als Außenseiterin, weil die 28-Jährige nicht irgendjemanden herausforderte, sondern den etablierten Demokraten Joe Crowley. Und sie gewann. Ihre Agenda ist klar: eine Kampagne, die auf Werten basiert, die die großen Fragen anspricht und auf Haltungen aufbaut. Und sie setzt eben nicht auf die typischen Großspender, sondern auf die unglaubliche Kraft von freiwilligem Engagement. „They got the money, we got the people“ - ein Satz, von dem ich gerne abschauen will.

Dieser Text ist ein Beginn einer Reise, die die Grünen und die progressive Politik wieder zurück auf den Erfolgsweg bringen soll. Und er ist ein Beitrag. Ich hoffe, dass ich bei den Leserinnen und Lesern ein paar Gedanken angestoßen habe. Zustimmung, Hinterfragen, Kritik - alles, was dir beim Lesen durch den Kopf gegangen ist, kann uns helfen, neuen Mut für eine progressive, empathische und nachhaltige Politik zu finden. Legen wir los.